

Stadtverordneter Dr. Nils Kößler, CDU:

Herr Vorsteher,

meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der jetzt kommende Tagesordnungspunkt müsste eigentlich die Überschrift „Zerstörtes Vertrauen“ tragen, und er hat zwei Schichten.

(Beifall)

Die erste Schicht ist die Arbeiterwohlfahrt, die zweite ist der Oberbürgermeister.

(Beifall)

Bei der Arbeiterwohlfahrt handelt es sich - und das darf man durchaus in dem Zusammenhang noch einmal in Erinnerung rufen - um einen sehr wichtigen sozialen Träger in dieser Stadt, der Kinderbetreuungseinrichtungen, aber auch Seniorenheime betreibt; und bei dem - das müssen wir jetzt leider nüchtern so sehen - in den letzten Tagen sozusagen jeden Tag eine neue schlechte Nachricht, eine unglaubliche Neuigkeit in den Medien zu lesen war, die in der Summe zeigen, dort hat sich eine krasse Selbstbedienungsmentalität breitgemacht.

(Beifall)

Das ändert aber nichts daran, dass es sich hier um eine sehr wichtige soziale Organisation in Frankfurt handelt, in der neben vielen Hauptamtlichen auch viele Ehrenamtliche eine engagierte Arbeit betreiben, die bei diesem Skandal, um den es hier geht, nicht nur viel zu leiden haben, sondern die auch eine sorgfältige Aufarbeitung verdient haben, meine Damen und Herren. Der Skandal ist gerade für sie eine harte Belastung. Sie werden beschädigt durch eine lange Liste von Vorwürfen, insbesondere gegen die Führung des Vereins. Da geht es um unverhältnismäßig hohe Gehälter und teure Dienstwagen, aber auch um Verstöße gegen Besserstellungsverbote im Hinblick zum Beispiel auf städtische Einrichtungen. Es ist auch die Rede von Dienstreisen. Die Kette lässt sich weiter fortsetzen. Wir müssen daraus den Schluss ziehen: Gerade bei der Führung der AWO hat man offensichtlich jeden Bezug zum normalen Alltag verloren.

(Beifall)

Es ist auch nicht gut, dass wir diese gesamten Informationen allein der Presse entnehmen können. Andere Informationsquellen stehen uns aber leider nicht zur Verfügung. Man hat das Wort Transparenz offenbar jetzt erst kennengelernt, und wir müssen uns auf das stützen, was in der Zeitung zu lesen ist. Das gilt sowohl für die Arbeiterwohlfahrt, wie auch für den Oberbürgermeister, meine Damen und Herren.

Gestern ist ein eindrucksvolles Interview in der FAZ von zwei Betroffenen zu lesen gewesen, das schlaglichtartig deutlich macht, was für Zustände scheinbar jedenfalls in Teilen der Arbeiterwohlfahrt in Frankfurt herrschen. Das geht los, so war es dort zu lesen, bei einem Betriebsrat, der nicht geholfen hat, es geht weiter bei Verharmlosungen, die die Betroffenen erfahren mussten, und es geht weiter mit Schreiben, die niemand beantwortet hat und die auch nicht in den Vereinigungen beantwortet wurden. Es geht um das Gefühl, dass dort die Gehälter nicht gerecht waren, dass es hohe Gehälter gab für Menschen, die keine entsprechende Ausbildung mitgebracht haben. Das ist nicht erst jetzt aufgefallen, sondern eben einzelnen Betroffenen auch schon früher. Es geht um Kündigungen, die plötzlich in der Welt waren, die die Betroffenen gar nicht ausgesprochen haben und auch nicht geschrieben haben sollen. Es geht um Personen, die nicht einmal hier im Frankfurter Verband eine richtige Rolle hatten, die aber immer dann vorgeschickt worden sein sollen, wenn es um nachteilige Mitteilungen an Mitarbeiter ging. Es geht auch um Reisen, bei denen plötzlich Rechnungen aufgetaucht sind, die vorher nicht da waren. Das ist alles in diesem Interview zu lesen.

Ich will mich jetzt mit diesen Einzelheiten auch nicht näher befassen, aber sie geben eben für uns auch das Bild ab, mit dem sich jetzt die Politik befassen muss. Bei allem Respekt für die Arbeit, die jetzt zu leisten ist, auch innerhalb der Arbeiterwohlfahrt; hier hat sich ein krasses Bild von Versagen, etwa bei der Geschäftsführung, deutlich gezeigt und ein Versagen auch bei denjenigen, die in der Arbeiterwohlfahrt eigentlich Kontrolle hätten ausüben sollen.

(Beifall)

Ob die nun Vorstand heißen, Revisor oder sonstwie ist mir völlig egal. Ich kann auch verstehen, dass viele einfache Mitglieder und die ehrenamtlich Engagierten maßlos enttäuscht sind. Hier ist jetzt energisches Aufräumen angesagt. Das muss auch insbesondere aus den Reihen der AWO selbst kommen.

Wir haben in der Politik unsererseits natürlich Hausaufgaben zu machen. Das ist Ihnen von der Koalition aus CDU, SPD und GRÜNEN auch mit drei Vorlagen heute noch zeitgerecht auf den Tisch gelegt worden. Es geht zum einen darum, dass eine Sonderprüfung durch das

Revisionsamt stattfinden muss. Einmal als Außenprüfung bei der AWO selbst und einmal auch als Innenprüfung bei den städtischen Ämtern, die mit der AWO zu tun haben und die ihrerseits auch eine Kontrollfunktion haben. Das muss überprüft werden. Es geht weiterhin darum, dass der Magistrat bei dem schon eingeschlagenen Weg der Aufklärung und der Transparenzherstellung unterstützt wird, dass die Frage der Overheadkosten aufgeklärt wird. Insoweit kann man die Anträge weitestgehend als sich selbsterklärend bezeichnen. Wir haben hier auch Vertrauen in das Revisionsamt der Stadt Frankfurt. Wir haben auch Vertrauen in die zuständigen Stadträtinnen und Stadträte, die dann jetzt in den nächsten Wochen und Monaten eine wichtige Aufgabe, auch gerade bei diesem Thema, zu erledigen haben.

Das Interview hat aber auch noch eine andere Stelle. Da geht es um einen Anruf des Oberbürgermeisters und die Bitte an andere Leute, die Wahrheit zu sagen. Damit komme ich zum zweiten Teil dieses Komplexes, zerstörtes Vertrauen, und zu dem, was wir heute am Anfang dieser Sitzung hören mussten. Wer geglaubt hat, heute werden wichtige Fragen beantwortet, heute werden die Fragen beantwortet, die seit drei Wochen die Menschen in dieser Stadt beschäftigen, auf die es bisher keine Antworten gab, musste heute feststellen, dass dieser Tag nichts geändert hat, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Über die persönliche Rolle des Oberbürgermeisters im Kontext mit der Arbeiterwohlfahrt haben wir nichts Nennenswertes erfahren. Der Einstieg, fand ich, war auch mehr als missraten. Es ging um Verniedlichungen. Es wurde eine Art Verschwörungstheorie aufgestellt, in die sich auch dieses Thema einfügen soll. Das macht deutlich, hier wurde etwas ganz Wichtiges nicht verstanden.

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Siegler:**

Herr Dr. Kößler, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Amann zu?

Stadtverordneter Dr. Nils Kößler, CDU:
(fortfahrend)

Nein, ich möchte jetzt erst einmal abschließen, und wenn sich die Frage dann noch stellt, können Sie gerne fragen.

Zur Arbeiterwohlfahrt und den Themen, die damit einhergehen, überhöhte Gehälter, Dienstwagen und so weiter, haben wir bis heute nichts Substanzielles vom Oberbürgermeister gehört. Auf die Fragen etwa, wann er vom Gehalt seiner Frau und dem Dienstwagen erfahren hat, was er daraufhin unternommen hat und was er überhaupt eigentlich von diesen Arbeitsbedingungen, die wohl doch eher - bei vorsichtiger Formulierung - ungewöhnlich sind, , hält, haben wir nichts wirklich Relevantes gehört und schon gar keine präzisen Antworten, meine Damen und Herren.

Es wurden eher Nebelkerzen gezündet zu den Fragen des Dienstwagens, den sie hatte, von wann bis wann und wer ihn bezahlt hat. Jetzt ist während unserer Sitzung auch noch eine E-Mail an die Mitarbeiter der Stadtverwaltung verschickt worden. Darin ist auch die Rede vom Gehalt seiner Frau, ob das Brutto oder Netto war. Das wäre heute die Chance für ihn gewesen, aufklärend tätig zu werden und Sachverhalte klarzustellen. Zu dem, was wir heute über Dienstwagen, Mutterschutz, Zeitangaben in der kurzen Zeit, die wir hatten, gehört haben, kann ich sagen: Was in der Presse in den letzten drei Wochen dazu zu lesen war, insbesondere auch zu den Zeitangaben, passt dazu nicht. Es steht im Widerspruch dazu. Diese Widersprüche, das muss man offen sagen, hat er selbst mit zu verantworten. Die Missverständnisse, die aufgetreten sind, wenn es denn welche sind, hätte er längst ausräumen können. Bis heute bleibt er uns klare Antworten schuldig, meine Damen und Herren!

(Beifall)

Ich habe auch im Gegensatz zu Herrn Emmerling nichts gehört, was irgendwie den Namen Selbstkritik oder Einsicht vertragen würde. Das Einzige, was ich gehört habe, waren Kommunikationsfehler. Ganz ehrlich, meine Damen und Herren, wer glaubt, hier sind beim Oberbürgermeister nur Kommunikationsfehler gemacht worden, der hat rein gar nichts begriffen.

(Beifall)

Das Schweigen des Oberbürgermeisters zu dem Thema Arbeiterwohlfahrt insgesamt ist eine Peinlichkeit für unsere Stadt. Auch ein Oberbürgermeister muss sich zu einem so wichtigen sozialen Thema äußern. Er dagegen ist mundtot und schweigt sich aus. Das wirft schon Fragen auf, ob das für dieses wichtige Amt das richtige Verhalten ist.

(Beifall)

An der Stelle mache ich mal Schluss. Das Licht leuchtet rot.

Vielen Dank!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Siegler:**

Es ist noch eine Zwischenfrage von Herrn Stadtverordneten Amann offen. Wollen Sie die beantworten oder wollen Sie die im Raum stehen lassen.

Stadtverordneter Dr. Nils Kößler, CDU:
(fortfahrend)

Machen wir jetzt erst in der kurzen Reihe der Wortmeldungen weiter.

(Zurufe)

[andere Wortmeldungen]

Stadtverordneter Dr. Nils Kößler, CDU:

Herr Vorsteher,

meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich habe auch ein gewisses Verständnis dafür, dass man bei der SPD die Erklärung vorhin anders verstanden und bemessen hat, als vielleicht der Rest des Hauses. Der Oberbürgermeister hat seiner Partei auch in den letzten drei Wochen mit seinem desaströsen Krisenmanagement eine Menge zugemutet. Das ist auch menschlich durchaus nachvollziehbar. Ich halte aber trotzdem nochmal fest, dass das, was wir vorhin als Erklärung gehört haben, zwar ein verschwurbelter Text ist, aber am Ende keine echte Aussage zu den Fragen, die die Menschen interessieren. Und es ist auch sehr merkwürdig, dass man hier einerseits längere Erklärungen mit wenig Inhalt abgibt, dass aber zeitgleich an die Mitarbeiter der Stadt eine E-Mail verschickt wird und dass außerdem dann noch über

facebook eine Videobotschaft gesendet wird. Ich finde die Wertschätzung, insbesondere für die Stadtverordneten, würde eigentlich eine andere Vorgehensweise gebieten.

(Beifall)

Und diese Haltung müsste eigentlich auch die SPD gegenüber ihrem Oberbürgermeister an den Tag legen.

(Beifall)

Wir gehen also mit dem um, was wir bekommen, brockenweise, stückchenweise. Wenn man sich die E-Mail durchliest, die jetzt an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt offenbar verschickt wurde, steht darin: „Und natürlich wusste ich auch davon, dass sie einen Dienstwagen für ihre Tätigkeit bekommen hatte“; die Rede ist von der Ehefrau. Da muss ich ganz ehrlich sagen, für die meisten Menschen in dieser Stadt wird es keine Neuigkeit sein. Denn wenn man den Oberbürgermeister nicht für debil hält, dann musste das eigentlich auf der Hand liegen, dass er diesen Dienstwagen auch irgendwann einmal wahrgenommen hat.

(Beifall)

Und das ist auch das große Problem, insbesondere das des Oberbürgermeisters, bei dem Thema: Die Menschen in dieser Stadt lassen sich nicht für dumm verkaufen! Und bei dem Thema tritt das ganz offen zutage. Wenn dann der nächste Satz ist, „ich war mir sicher, die Arbeiterwohlfahrt hält sich an die geltenden Tarifverträge und Vorschriften“, dann ändert das nichts daran, dass dies die zentrale Frage ist, die auch er beantworten muss: Ist ein Dienstwagen für die Leiterin einer Kindertagesstätte eine übliche Form der Ausstattung durch den Arbeitgeber oder ist sie es nicht? Und da haben viele Menschen aus der Praxis eine ganz klare Aussage gemacht, und ich muss selbst sagen, die Erklärung, die die AWO abgegeben hat, warum man in dieser Rolle einen Dienstwagen bräuchte, war ausgesprochen lächerlich.

(Beifall)

Die Stadt Frankfurt hat wie auch andere soziale Träger viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die hervorragende Arbeit leisten, die anspruchsvolle Aufgaben haben und die auch in den Abendstunden vielfältige Verpflichtungen haben; diese verfügen nicht über einen Dienstwagen. Hinzu kommt natürlich auch, dass man eigentlich als oberster Dienstherr von fast 10.000 städtischen Beschäftigten weiß, dass bei der Stadt jedenfalls weder Kita- noch

Amts- oder Betriebsleitungen generell einen Dienstwagen haben. Das hätte einem einfach auch einmal komisch vorkommen müssen, und dass das offenbar nicht der Fall war oder nicht eingeräumt wird, das beschädigt die Glaubwürdigkeit des Oberbürgermeisters in den Augen vieler Menschen, und das kann ich auch verstehen.

(Beifall)

Jetzt ist ja heute offenbar der Tag von fragwürdigen Schreiben an die Menschheit. Es gibt ein Schreiben der AWO, das auch zufälligerweise heute auf unseren Tischen angekommen ist; „Neuausrichtung der Arbeiterwohlfahrt“. Wenn ich nur den ersten Absatz lese: „Wir sind erschüttert, welches Bild über die Arbeiterwohlfahrt Frankfurt gezeichnet wurde.“

(Zurufe)

Ich muss ganz ehrlich sagen, solche Formulierungen machen deutlich, dass man nicht verstanden hat, dass es hier nicht um Verschwörungstheorien von außen geht, sondern dass bei der Organisation selbst zentrale Probleme und Missstände bestehen, die abgestellt werden müssen, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Das ist ein Punkt, an dem man auch das Verständnis oder eben die Fehleinschätzung der Situation bei der AWO-Führung wie auch bei anderen Akteuren im Moment bei diesem Thema nachvollziehen kann. Jemand, der eine Woche lang denkt, er könnte ein Problem, zu dem er von vielen Menschen und von vielen Medien Fragen gestellt bekommt, einfach aussitzen, es ignorieren, der nimmt nicht wahr, in welche Situation er sich und diejenigen, mit denen er zusammenarbeitet, gebracht hat; dazu zählt auch die Koalition, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Erst der Druck aus den Reihen der Koalition, insbesondere von CDU und GRÜNEN, hat dazu geführt, dass der Oberbürgermeister vor zwei Wochen eine Erklärung abgegeben hat. Es gab noch ein paar andere, die Druck ausgeübt haben, aber ich würde einmal sagen, der Druck hat eine gewaltige Rolle gespielt. Mit dieser Erklärung konnten so gut wie alle Menschen erst einmal gar nichts anfangen. Heute haben wir eine neue Erklärung bekommen, und es wird in den nächsten Tagen, auch in Gesprächen mit anderen,

herauszufinden sein, ob die Menschen in dieser Stadt jetzt ihre Fragen besser beantwortet sehen oder ob sie sich genauso behandelt fühlen, wie in den letzten drei Wochen.

Ich komme zum Schluss und möchte noch einmal einen Punkt aufgreifen, den Herr Popp dargestellt hat, und der hier sehr schwer wiegt. Das Verhalten des Oberbürgermeisters hat ihm etwas in erheblichem Maße genommen, was das wichtigste Kapital eines Politikers ist: seine Glaubwürdigkeit. Dabei wird auch insgesamt die politische Klasse in dieser Stadt in ihrem Ansehen beschädigt, denn Vertrauensverlust beim Oberbürgermeister und seinem Amt schlägt am Ende auch ein Stück weit auf die Stadt, auf die Stadtverwaltung und auch auf das Stadtparlament durch. Nicht alle Menschen in dieser Stadt unterscheiden immer ganz feinsinnig, wer da gerade handelt, wer da gerade spricht, und wer, auch im politischen Raum, es vielleicht anders machen würde oder das falsch findet. Deswegen ist das, was wir in den letzten drei Wochen erlebt haben, auch eine erhebliche Belastung der politischen Klasse hier in der Stadt insgesamt, nicht nur der Koalition, und es muss jetzt endlich ein Ende haben. Die Menschen müssen Antworten auf ihre Fragen bekommen, und es dürfen auch keine Unklarheiten mehr offen sein, mit denen man versucht sich durchzumogeln und wo man dann immer - sei es auch aus der Sicht der SPD mit verständlichem Interesse - sagt, na ja, das kann man ja irgendwie herauslesen, dass er eigentlich doch alle Fragen beantwortet hat. Das ist kein Umgang miteinander und das ist alles andere als ein Glanzstück an der Spitze dieser Stadt gewesen, meine Damen und Herren.

(Beifall)